

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
BR/SA/48073

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
01.10.2018

Netzentwicklungsplan 2018 für das Übertragungsnetz Austrian Power Grid AG und das Vorarlberger Übertragungsnetz

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Entwurfes zum Netzentwicklungsplan 2018 für die Austrian Power Grid AG sowie die Vorarlberger Übertragungsnetz GmbH mit Planungszeitraum 2019 - 2028 und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Gemäß § 37 EIWOG 2010 sind die Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet, jährlich einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan (NEP) für das Übertragungsnetz zu erstellen und der Regulierungsbehörde gem. § 38 EIWOG 2010 zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung von Investitionsprojekten führt dazu, dass die damit verbundenen Kosten, inklusive Vorfinanzierungskosten im Rahmen der Kostenermittlung gem. § 48 iV mit § 59 Absatz 6 EIWOG 2010 anzuerkennen sind und als unbeeinflussbare Kosten keinen Effizienzabschlägen unterliegen.

Im Rahmen des Netzentwicklungsplans (NEP) sind alle Investitionen aufzulisten, die bereits beschlossen sind, bzw. die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden. Darüber hinaus gibt der NEP einen Überblick, welche wichtigen Übertragungsinfrastrukturen in den nächsten zehn Jahren –2019 bis 2028 – errichtet oder ausgebaut werden sollen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund begrüßt ausdrücklich die Vorlage eines langfristigen Netzentwicklungsplans, da damit wichtige langfristige Investitionsprojekte aufgezeigt werden. Durch die Koordination mit den regionalen und gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplänen erfolgt eine Abstimmung zwischen den wesentlichen Akteuren im Energiebereich (vor allem Netz- und Kraftwerksbetreiber). Zusätzlich werden die Netzentwicklungspläne einem breiten Konsultationsprozess unterzogen.

Der Ausbau der volatilen erneuerbaren Energie – zuletzt mit dem in der Klima- und Energiestrategie angepeilten Ziel von 100% erneuerbarer Erzeugung in der Stromproduktion bis ins Jahr 2030 bilanziell – bedingt einen Ausbau der Netze, der jedoch wegen der lang andauernden Verfahren nicht Schritt hält, eine Planungskoordination und Verfahrenskonzentration auf Bundesebene ist hier notwendig. So ist im Netzentwicklungsplan 2018 für die Regelzone APG im letzten Absatz auf Seite 25 zu lesen, dass die Umlegung der in der Klima- und Energiestrategie der österreichischen Bundesregierung festgelegten Ziele bezüglich des Ausbaus an Erneuerbarer Energie mit der derzeitigen Netzinfrastuktur nicht transportierbar ist. Umfangreiche weitere Ausbauten in den Verteilnetzen und im Übertragungsnetz – über die aktuellen NEP-Projekte hinaus sind notwendig.

Bereits jetzt verursachen der fehlende 380kV-Ringschluss und die davon abhängigen Projekte im Übertragungsnetz Kosten für Engpassmanagementleistungen: Aufgrund fehlender Netzinfrastuktur müssen Änderungen des Kraftwerkseinsatzes durchgeführt werden, um Netzstabilität zu gewährleisten – Redispatch. Die Kosten für den Redispatch erreichten im Jahr 2017 mit 93 Mio. EUR den bisherigen Höchststand, nach Angaben der APG wurden darüber hinaus 13 Mio. EUR Mehrkosten für die bauliche Errichtung der Salzburgleitung durch Projektverzögerung realisiert – alles Kosten, die die Stromkunden zahlen. Die Probleme durch den fehlenden Ringschluss und vor allem die Kosten werden bei einer – für das Ziel nötigen – Vervielfachung von Wind und PV noch virulenter werden: damit die Energiemengen tatsächlich genutzt werden können braucht es ein geschlossenes Übertragungsnetz, anderenfalls muss der erneuerbare Strom in die Nachbarstaaten transportiert werden, da in Ostösterreich keine ausreichende Speicherkapazität vorhanden ist und der fehlende Ringschluss einen Transport in die Pumpspeicher im Westen nicht möglich macht. All dies sind vermeidbare Kosten, wenn langjährige strategische Infrastrukturprojekte endlich realisiert werden können.


Die obige Bestandsaufnahme soll verdeutlichen, dass die Problematik der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren immer drängender wird. Die österreichische Bundesregierung versucht diese Problematik zu lösen und hat Ministerialentwürfe für das Standortentwicklungsgesetz und dessen operative Verankerung im UVP-Gesetz im Sommer 2018 vorgelegt. Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund ist die Verbesserung der Planungsqualität, die Erhöhung der Rechtssicherheit (weg von der Unbestimmtheit von Gesetzen) und damit die Grundlage für die Beschleunigung von (insbesondere umfangreichen) Genehmigungsverfahren von großer Bedeutung. Dabei müssen jedoch die rechtsstaatlichen Prinzipien jedenfalls gewahrt bleiben.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund warnt jedoch vor der im Standortentwicklungsgesetz gewählten Vorgehensweise, die im Endeffekt ein gewaltiges Klumpenrisiko durch das Bundesverwaltungsgericht, eine tickende Zeitbombe für alle nach dem Standort-Entwicklungsgesetz beschleunigten Verfahren bedeutet – wir hoffen, dass keines der im Netzentwicklungsplan 2018 verankerten und für die Energieinfrastruktur und Versorgungssicherheit so wesentlichen Projekte betroffen ist und den unfreiwilligen Testballon für die Rechtsstaatlichkeit des geplanten Standortentwicklungsgesetzes darstellt.

Der Netzausbau ist ein wesentlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit sowie zur Wertschöpfung und Beschäftigung – außerhalb der öffentlichen Haushalte. Gleichzeitig muss jedoch auch auf eine sozial verträgliche Verteilung der Netzkosten geachtet werden.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund sieht in diesem Zusammenhang auch die immer virulenter werdende verteilungspolitische Problematik im Strombereich sehr kritisch. Denn sowohl diese zusätzlichen Netzkosten als auch die immer höheren Kosten für die Förderung des Ökostroms werden auf die Netzentgelte überwälzt, die größtenteils von den Haushalten zu tragen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Wolfgang Katzian
Präsident



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär